Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Montags-Ausgabe.

Nr. 56. [56. Jahrgang.] Berlin, Montag den 26. Februar 1917. [56. Jahrgang.] Nr. 56.

Berlin, den 25. Februar.

Der Krieg.

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg.

U-Booterfolge.

Berlin, 24. Februar. Von zurückgekehrten U-Booten sind neuerdings elf Dampfer, zwei Segler und acht Fischerfahrzeuge versenkt worden. Unter den versenkten Dampfern befand sich der englische Transporter „A. 19" (Dampfer „Afric" der White-Star-Linie, 11 999 To.), der am 12. Februar auf dem Wege von Liverpool nach Plymouth vernichtet wurde. Mit den übrigen versenkten Schiffen gingen unter anderem verloren 8600 Br.-Reg.-To. Kohlen, 1800 To. Stückgut und 3000 To. Salpeter.

Da nach obiger Meldung der Dampfer „Afric" am 12. Februar und nicht am 16. Februar versenkt worden ist, haben die Engländer die am 16. Februar als Erfolge eines U-Bootes in 24 Stunden bekanntgegebenen vier Hilfskreuzer bezw. Transporter sämtlich verschwiegen.

Versenkt.

Christiania, 24. Februar. Die norwegische Gesandtschaft in London brahtet: Die Dampfer „Normanna" aus Sandefjord (2900 Br.-Reg.-To.), „Ajax" aus Christiania (1468 To.) und „Blenheim" aus Frederikfiad (1029 Netto-Reg.-To.) wurden versenkt.

Ferner meldet Lloyds, daß der britische Dampfer „Beneficent" (1963 To.) gesunken ist.

Zur Wirkung der Rede Lloyd Georges.

Wien, 24. Februar. Die Blätter stellen fest, daß die Rede Lloyd Georges über den U-Bootkrieg bereits dessen starke Wirkungen sowohl in politischer als materieller Beziehung erkennen lasse. Die „Reichspost" nennt sie das beginnende große Zähneklappern. Es sind Laute, wie sie seit Menschengedenken nicht über den Kanal herüber in die Welt drangen. Das „Neue Wiener Abendblatt" schreibt: Welch ein Unterschied zwischen den Mitteilungen des Staatssekretärs Grafen Roedern im Deutschen Reichstage und der von schweren Sorgen angefüllten Rede Lloyd Georges! Hier Kraft und berechtigte Zuversicht, dort die Notwendigkeit, beschämende Eingeständnisse von Not und Sorgen abzulegen. — Die „Neue Freie Presse" sagt: Die Rede macht den Eindruck unsicheren Tastens und schwerer Belastung. Der Uebermut, der das gänzliche Niederschlagen ankündigte, die verletzende Frechheit in Inhalt und Form bei der Antwort auf das Friedensangebot sind verflogen.

Rotterdam, 24. Februar. Die englische Presse beschäftigt sich mit der Rede Lloyd Georges. Sie hat einen günstigen Eindruck gemacht. „Times" und andere Blätter der Northcliffepresse, „Daily Telegraph" und „Morning Post" sind bedingungslos damit einverstanden.

„Daily News" dagegen findet, daß die Hauptsache nicht die Schiffsraumfrage sei, sondern die der Arbeitskräfte, und in dieser Beziehung habe die Rede Lloyd Georges nicht im mindesten beruhigt. Lloyd George habe selbst zugegeben, daß die Landwirte infolge Arbeitermangels das Land nicht so bestellen könnten, wie es sonst möglich wäre. Auch der Bergbau werde infolge Mangels an Bergarbeitern nicht genügend gefördert, und der Holzmangel sei auf dieselben Ursachen zurückzuführen. Der Premierminister habe gesagt, daß das Kriegsamt nur 10 000 Mann von den 30 000 Landarbeitern, auf die es eigentlich ein Recht hätte, unter die Waffen gerufen habe. Aber er habe nicht die Zusicherung gegeben, daß die restlichen 20 000 Mann nicht aufgerufen würden.

„Daily Chronicle" schreibt, die Einfuhrbeschränkung sei berechtigt, aber es genüge nicht, die Einfuhr von Kakao und Kaffee zu verbieten, man müsse auch die im Lande vorhandenen Vorräte, die zum größten Teil Ausländern gehörten, beschlagnahmen.

Das Einfuhrverbot für Obst stelle eine große Gefahr für die ärmere Bevölkerung dar, die für die Gesundheit der städtischen Bevölkerung ernstliche Folgen haben könne. Das Landbauprogramm sei zwar verständig, aber es werde die Produktion während des Krieges nicht sehr erhöhen. Jedermann, der von der Landwirtschaft etwas verstehe, wisse, daß der große Rückgang der Produktion nichts mit den Preisen zu tun gehabt habe. Bis vor wenigen Wochen, als Lord Devonport mit seinem Höchstpreisversuch die Betriebe lähmte, seien die Preise ein Faktum gewesen, über das die Landwirtschaft vollständig hinwegsehen könne. Die Schwierigkeit sei der Arbeitermangel gewesen und sei es noch.

„Manchester Guardian" meldet aus London, daß gestern in der City eine Aufregung herrschte wie an einem Tage, an dem ein sensationelles Budget erwartet wurde. Viele Handelszweige hätten völlig still gelegen, bis das Aergste bekannt geworden sei. Die Läden seien überlaufen worden, vor allem nach Tee, Kaffee, Wein und Kognak.

Im Leitartikel schreibt der „Manchester Guardian", die Mitteilung Lloyd Georges sei ernst, aber durch die Umstände berechtigt. Das Blatt verlangt, daß kein einziger Landarbeiter dem Landbau entzogen werde und daß das Amt des Lebensmittelkontrolleurs mit dem Ackerbauamt vereinigt werde. Für die Bierbrauereien sollten ganz neue, einschränkende Bestimmungen erlassen werden, um den Getreidevorrat für einen Monat auf diese Weise zu sparen. Jetzt überlasse man den Brauereien eine Getreidemenge, die dem Erfordernis des Landes für fünf Wochen entspreche.

Bern, 24. Februar. Das „Berner Intelligenzblatt" schreibt zur Rede Lloyd Georges:

Wie ein Donnerschlag mußten die dürren, jeder Ausschmückung baren Darlegungen in England und den alliierten Ländern wirken. Aus ihnen geht unzweideutig hervor, daß England den furchtbaren Ernst der U-Bootdrohung nicht verkennt. Sie belegen die Behauptungen der deutschen Staatsmänner, wonach die Verproviantierung Englands durch die verschärfte Tauchbootsperre auf das schwerste gefährdet werde, mit beweiskräftigen Argumenten. In den nächsten Monaten wird es sich erweisen, ob die von der englischen Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen hinreichen, den Tauchbootkrieg unwirksam zu gestalten. Bis zu diesem Zeitpunkt wird, das darf mit einiger Sicherheit angenommen werden, das englische Volk sich Einschränkungen in der Lebenshaltung auferlegen müssen, die denjenigen, die das deutsche Volk sich seit Jahr und Tag auferlegt, an Schärfe nicht nachstehen.

Französische Pressestimmen zu Carsons Rede.

Bern, 24. Februar. Bei der Besprechung der Erklärungen Carsons versucht die französische Presse im allgemeinen die Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen als genügend hinzustellen. Kurze Absätze zahlreicher Artikel darüber lassen jedoch die immer ernster werdende Besorgnis erkennen. So bemerkt „Temps" gelegentlich, die deutsche Drohung sei nicht nur nicht wirkungslos, sondern sogar mörderisch. „Figaro" gibt zu, daß die Verschärfung des Unterseebootkrieges immerhin eine Einwirkung auf die Schiffsbewegungen habe.

Andere Stimmen machen ausdrücklich auf den Ernst der durch den Unterseebootkrieg geschaffenen Lage aufmerksam.

„Information" erklärt rundweg, der deutsche Unterseebootkrieg habe bereits die Einstellung der amerikanischen Ausfuhr zur Folge gehabt. An einer anderen Stelle des gleichen Blattes schreibt der Abgeordnete der parlamentarischen Marinekommission Bergeon, man habe schon früher in Frankreich auf die U-Bootgefahr aufmerksam gemacht. Die zuständigen Stellen hätten jedoch diesen Forderungen kein Gehör geschenkt. Die Oeffentlichkeit, die bisher gleichgültig geblieben sei, sei nun plötzlich unruhig geworden, weil ihre Bauernlichkeit in Frage gestellt werde. Harte Einschränkungen lasteten auf ihr und man verlange dringend, davon befreit zu werden. Man fange allmählich an, einzusehen, welche Rolle der Versuch des Schiffsraumes in diesem Kriege spiele.

Auch Clémenceau läßt sich heute im gleichen Sinne vernehmen. Er schreibt: Trotz aller von England getroffenen wirksamen Maßnahmen dürfe man nicht erwarten, daß der U-Bootkrieg den Alliierten nicht bedeutenden Schaden zufügen werde. Die Lebensmittelfrage sei die erste Warnung. Man müsse abwarten, auf welcher Seite der Schade größer sein werde. Die kritische wirtschaftliche Lage Frankreichs wird von verschiedenen Blättern in engem Zusammenhang mit dem U-Bootkrieg betrachtet.

„Heure", „Oeuvre" und andere betonen besonders, daß infolge des U-Bootkrieges die Getreideeinfuhr dieses Jahr noch schwächer ausfallen werde. Man müsse diesen Ausfall unbedingt durch einen stärkeren Anbau in Frankreich ersetzen.

Die niederländischen Dampfer.

London, 25. Februar. Lloyds meldet, daß der Dampfer „Menado" wohlbehalten in einem Hafen eingetroffen sei.

Haag, 24. Februar. Es wird jetzt gemeldet, daß alle Personen, die sich an Bord der versenkten niederländischen Schiffe befanden, in Sicherheit sind.

Amsterdam, 24. Februar. Anläßlich der Versenkung der holländischen Schiffe fand heute nachmittag im Haag eine Konferenz der Regierung mit den Reedern statt.

Die niederländischen Schiffe, die noch in den Häfen liegen, werden vorläufig nicht ausfahren. Bei den meisten niederländischen Reedern besteht die Absicht, die Schiffe, die in Rotterdam zur Ausfahrt nach Amerika bereit liegen, nicht fahren zu lassen. In Versicherungskreisen herrschte heute früh vollständige Ratlosigkeit.

Haag, 24. Februar. Die Versammlung des niederländischen Reedereivereins beschloß in Uebereinstimmung mit den Reedern der für die Abreise nach Amerika in Bereitschaft liegenden Schiffe, die letzteren nicht abfahren zu lassen, solange nicht die Nordroute für genügend sicher erachtet werden kann.

Zur Kriegslage.

Großes Hauptquartier, den 25. Februar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Ypern, sowie zwischen Armentières und Arras wurden mehrere, teilweise nach starkem Feuer einsetzende Vorstöße der Engländer abgewiesen.

Erkundungsaufträge führten unsere Stoßtrupps westlich von Lièvin bis tief in die feindliche Stellung, in der Gefangene gemacht und Zerstörungen vorgenommen wurden.

Im Sommegebiet war zeitweilig der Geschützkampf lebhaft, vornehmlich zwischen Sailly und Bouchavesnes.

Oestlich von St. Mihiel blieb eine französische Unternehmung erfolglos, eine eigene, im mehr der Mosel zu gelegenen Waldgebiet brachte 12 Gefangene ein.

Bei Lusse am Westhang der Vogesen holten unsere Sturmtrupps 30 Mann aus der französischen Stellung.

In der Nacht vom 23. zum 24. Februar ist ein französisches Luftschiff durch Abwehrfeuer im Walde östlich von Saaralben brennend zum Absturz gebracht worden.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Keine besonderen Ereignisse.

Front des Generaloberſten Erzherzogs Joseph.

Am Tatarenpaß im Nordteil der Waldkarpathen schlug ein russischer Angriff fehl.

Bei der

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen

und an der

Mazedonischen Front

ist die Lage bei geringer Vorfeldtätigkeit unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Berlin, 25. Februar 1917, abends. (W. T. B.)

Keine wesentlichen Ereignisse.

Berlin, 25. Februar. (W. T. B.) Im Monat Januar sind 170 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 336 000 Bruttoregistertonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmächte verloren gegangen, davon sind 91 Fahrzeuge mit 245 000 Br.-Reg.-To. englisch. Außerdem sind 58 neutrale Handelsfahrzeuge mit 103 500 Br.-Reg.-To. wegen Beförderung von Bannware zum Feinde versenkt worden. Der Monatsverlust beträgt also insgesamt 228 Fahrzeuge mit 439 500 Br.-Reg.-To.

Seit Kriegsbeginn sind somit 4 357 500 Br.-Reg.-To. feindlichen Handelsschiffsraumes verloren gegangen, davon sind 3 314 500 Br.-Reg.-To. englisch. Ferner sind von den Seestreitkräften der Mittelmächte 459 neutrale Schiffe mit 641 000 Br.-Reg.-To. wegen Bannwarenbeförderung versenkt oder als Prisen verurteilt worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 25. Februar 1917. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich des Tatarenpasses griff der Feind nach siebenstündiger Artillerievorbereitung an. Er drang vorübergehend in unsere Gräben ein, wurde aber im Gegenangriff völlig zurückgeworfen. Sonst nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Küstenländischen Front ist die Artillerietätigkeit nunmehr bei guter Sicht wieder alltäglich recht lebhaft. Im Görzischen hatte sich vorgestern im Abschnitt von Vertoiba ein besonders heftiger Geschütz- und Minenkampf entwickelt, der auch nachts fortdauerte und morgens zu höchster Kraft anwuchs. Unter dem Schutz eines starken Sperrfeuers griffen sodann einige italienische Kompagnien unsere Stellungen an. Dem Feind gelang es, in die vorderste Linie einzudringen; Abteilungen des bewährten K. K. Landsturminfanterieregiments Nr. 2 warfen ihn jedoch vollständig heraus, fügten ihm schwere Verluste zu und verfolgten ihn bis in seine Sappen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Ein französisches Lenkluftschiff abgeschossen.

Berlin, 25. Februar. (W. T. B.) In der Nacht vom 23. zum 24. Februar wurde durch unser Abwehrfeuer ein französisches Lenkluftschiff in Brand geschossen. Es stürzte in Flammen gehüllt bei Woelferdingen westlich Saargemünd zur Erde nieder. Beim Aufschlagen auf dem Erdboden explodierte die mitgeführte Abwurfmunition. Die gesamte, 14 Mann betragende Besatzung ist tot. Die im übrigen gut erhaltenen Ueberreste des Schiffes lassen die Konstruktionseinzelheiten gut erkennen.

Der türkische Heeresbericht.

Konstantinopel, 25. Februar. Bericht vom 24. Februar.

An der Kaukasusfront in unserem linken Flügelabschnitt auf beiden Seiten lebhafte Tätigkeit der Artillerie und von Erkundungsabteilungen, von welchen eine eine feindliche Kompagnie verjagte und einige Waffen erbeutete. Eine andere Abteilung führte einen gelungenen Ueberfall auf feindliche Posten aus, tötete eine große Zahl Feinde und erbeutete Gewehre, Bomben und eine Menge Material. Zwei feindliche Kompagnien, die vorzubrechen versuchten, wurden durch unser Artilleriefeuer angehalten und zwei Erkundungspatrouillen wurden vertrieben.

An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 24. Februar. Amtlicher Bericht vom 24. Februar.

Mazedonische Front: Wenig Artilleriefeuer an der ganzen Front. Für uns günstige Patrouillenscharmützel in der Gegend von Bitolia. Schwaches Gewehr-, Maschinengewehr- und Minenfeuer östlich der Cerna und in der Moglenagegend.

Rumänische Front: Feueraustausch zwischen Posten auf beiden Seiten des St. Georgsarmes, östlich von Tulcea. Am Sereth wiesen unsere Truppen durch Feuer zwei russische Kompagnien ab, die vorzugehen versuchten.

Seekrieg.

Die „Vineta" im Atlantischen Meere?

London, 24. Februar. „Times" meldet aus New York: Einer der deutschen Kreuzer im Südatlantik sei jetzt endgültig als der Kreuzer „Vineta" festgestellt worden, und zwar durch einige Leute von der Bemannung des britischen Schiffes „Theodore".

Britische Verluste.

London, 21. Februar. „Times" meldet unter den Verlustlisten die Namen von 154 Mann von der Kriegsmarine, die zum größten Teil zu der Bemannung von Kriegsschiffen, zur Marineartillerie und zur Royal Navalivision gehörten.

Deutsche Panzerautos an der Ostfront.

Petersburg, 22. Februar. Nach Nachrichten von der Front brachten im Verlauf der letzten Angriffe in der Seengegend und im Verlauf der Kämpfe bei Baranowitschi die Deutschen zum ersten Male Panzerautos von einem neuen Typ, sogenannte Tanks, zur Verwendung.

Englands Seekriegführung und die Neutralen.

Berlin, 25. Februar. Am 11. März 1915 hat England seine berüchtigte Order in Council erlassen, mittels deren es Deutschland von der Außenwelt abschneiden wollte, um das erfolgte englische Kriegsziel zu erreichen, durch Zu-Tode-hungern deutscher Frauen und Kinder die deutsche Volkskraft für immer zu zerbrechen und den lästigen deutschen Konkurrenten zu beseitigen. Englische Minister nannten diese Order eine Blockadeerklärung und sie bebauptetem um so lauter, je mehr Löcher sie zeigte, die Blockade sei effektiv. Die Regierung der Vereinigten Staaten betonte dagegen in ihrer Note vom 5. November 1915 ausdrücklich, die „Blockade" sei „nicht effektiv, ungesetzmäßig und unentschuldbar". Diesen Worten folgten aber keine Taten, und so konnte England seit nunmehr zwei Jahren Blockaderechte ausüben, ohne eine Blockade erklärt zu haben, oder imstande zu sein, eine wirkliche Blockade effektiv zu gestalten, so mußten die kleinen europäischen Staaten eine englische Gewaltmaßregel nach der anderen über sich ergehen lassen, um England seinem Ziele näher zu bringen. Dies Ziel ist heute, trotz zweijähriger brutaster Vergewaltigung der Neutralen, nicht erreicht, und wird mit den alten Mitteln nie erreicht werden. Und weil England dies eingesehen hat, weil es jetzt erfährt, daß Deutschland sogar imstande ist, die Ausbungerungswaffe gegen England selbst zu kehren, ihm den Lebensfaden abzuschneiden, da hat es für England keinen Zweck mehr, die Täuschung aufrecht zu erhalten, seine Blockade sei effektiv. In seiner neuesten eben bekanntgegebenen Order in Council gesteht es offen zu, daß es der ganzen neutralen Welt noch möglich ist, trotz der englischen Blockade mit Deutschland Handel zu treiben, daß es also ohnmächtig ist, Deutschland zu blockieren. Aber dieses Geständnis erfolgt nur zu dem Zwecke, um nunmehr, nachdem der größte neutrale Staat auch nicht einmal mehr mit Worten protestieren wird, den vernichtenden Schlag gegen die letzten Rechte der kleinen neutralen Staaten zu führen. Die neue Order in Council ist das abschließende Glied in der Kette der Vergewaltigungen, die England seit August 1914 gegen die Neutralen verübt hat. In der Tat gibt es unter den vielen englischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Seekriegsrechts keine, die sich nicht fast ausschließlich gegen die Neutralen gerichtet hätte. Zuerst bei Kriegsausbruch die heuchlerische Erklärung, die Londoner Erklärung beachten zu wollen, obgleich alle diejenigen Bestimmungen, die den Schutz der Rechte neutraler Staaten bezweckten, vorher aus ihr sorgfältig beseitigt worden waren, die Sperre der Nordsee vom 3. November 1914, das rücksichtslose Einschleppen und Festhalten neutraler Schiffe in England, die Blockade der Neutralen durch die Order in Council vom 11. März 1915, die Erpressungen des Bunkerkohlenerlasses, die Postraübereien, Schwarze Listen und Zwangsbannwarefahrten, die Nationierung der neutralen Völker, die am 26. Januar verkündete Sperre der Nordseeküsten Hollands und Dänemarks, das sind die Hauptmerkmale des Krieges, den England zum Schutze der Rechte der kleinen neutralen Staaten geführt hat. Die neue Order in Council vernichtet nunmehr den letzten Rest der Bewegungsfreiheit der Neutralen, sie unterbindet den

Verkehr der Neutralen untereinander. Sie zwingt die Neutralen, sich entweder in die Todesgefahr des Sperrgebietes zu begeben oder ihre Schiffe zu Hause zu halten. Entkommen sie der Todesgefahr des Sperrgebietes beim Einsaufen in den englischen Hafen, so preßt England die neutralen Schiffe in seinen Zwangsdienst, dessen Ausübung mit Sicherheit zur Vernichtung von Schiff und Besatzung im Sperrgebiet führt. Bleibt die neutrale Schiffahrt zu Hause, können also die Neutralen ihren gegenseitigen Austauschverkehr nicht aufrechterhalten, so bedeutet das Hungersgefahr für die neutralen Völker. England gleicht somit dem Raubmörder, der mit dem Revolver in der Faust dem Reisenden zuruft: „Das Geld oder das Leben". Nur ein Unterschied besteht zwischen beiden: England verlangt nicht das eine oder das andere, sondern beides, Schiffe und Leben der Neutralen. Und das alles, trotzdem England durch seine Kontrollorganisation den Verkehr auch des kleinsten Teiles eingeführter Waren in neutralen Ländern regelt, trotzdem es die Souveränität der neutralen Staaten soweit beseitigt hat, daß nichts an die eigentliche Bestimmung, geschweige denn nach Deutschland verkauft werden darf, wenn der englische Konsul oder der englische Gesandte es verbietet. Keine Tatsache beweist deutlicher als diese, daß der Zweck der neuen Order in Council der ist, den bisher heimlich geführten Aushungerungskrieg gegen die kleinen neutralen Völker nunmehr auch offen zu führen, um sie zu zwingen, entweder sich als Vasallen Englands aufzuopfern oder sich ihren Schiffsraum rauben zu lassen und sich dadurch dem Hunger auszuliefern.

Das ist der Kampf Englands für die Rechte der kleinen Staaten.

Bern, 24. Februar. Die „Berner Tagwacht" schreibt zur englischen Hockadeverschärfung: „Wir haben uns längst abgewöhnt, über solche und ähnliche Akte brutaler Kriegspolitik unser Erstaunen auszudrücken. Warum sollten die englischen Machthaber, die mit kalt berechneter Grausamkeit das ganze Griechenvolk dem Hungertode überliefern, weil ihnen die Politik der griechischen Regierung nicht Vertrauen erweckend genug erscheint, auf die Bedürfnisse der übrigen neutralen Kleinstaaten mehr Rücksicht nehmen?"

Die Haltung Amerikas.

Frankfurt a. M., 25. Februar. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus **New York vom 24. Februar: Die Republikaner im Senat beschlossen, Wilson keine umfassenden Vollmachten zu bewilligen. Sie verlangen vielmehr, daß er den Kongreß befrage, bevor er ernste Schritte tue.**

London, 24. Februar. „Morning Post" meldet aus **Washington, daß das republikanische Mitglied des Kongresses Kennelt in einer im Repräsentantenhause gehaltenen Rede entschieden davon abriet, daß Amerika sich der Entente anschließe.** Es würde dadurch tatsächlich auf alle aus dem Kriege hervorgegangenen Forderungen seiner Bürger gegenüber England, Frankreich und Rußland, die in die Millionen gingen, verzichten. Bennett sagte, England habe die Rechte Amerikas zur See ebenfalls auf flagrante Weise verletzt. Amerika dürfe keine Hilfe von den Alliierten annehmen und ihnen gegenüber keine Pflichten übernehmen. Amerika sei groß genug, um für sich selbst zu sorgen.

Washington, 24. Februar. (Reutermeldung.) **Der Senat hat einstimmig eine vom Republikaner Fall eingebrachte Tagesordnung an die Kommission für auswärtige Angelegenheiten verwiesen.** Durch diese Tagesordnung wird der Präsident ermächtigt, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten zum Schutz von Handelsgütern und Leben der Bürger der Vereinigten Staaten zu verwenden. Der Senat wird über die Tagesordnung am Mittwoch abstimmen.

Kammerverhandlungen in Schweden.

Stockholm, 25. Februar. Im Reichstag fanden heute die Debatten über die Vorlage der Regierung, die dreißig Millionen Kronen als Vorschuß für die Neutralitätskosten gefordert hatte, statt. Wie gemeldet, hatte der Budgetausschuß nur zehn Millionen Kronen bewilligt.

In beiden Kammern kam es zu langen Debatten. Die Redner der Linken kritisierten die Art und Weise, wie bereits von der Regierung geforderte Betrag im Budget angeführt sei. Von allen Seiten wurde kräftig unterstrichen, daß der Reichstag völlig bereit sei, alle Kredite zu bewilligen, die für die Aufrechterhaltung der Neutralität notwendig seien. — Der Staatsminister betonte in beiden Kammern die Wichtigkeit der unter den jetzigen ernsten Umständen aufrecht erhaltenen Neutralitätsmache. Er forderte den Reichstag auf, den Regierungsvorschlag zu genehmigen und hob hervor, daß die Verteilung der Ausgaben auf verschiedene Posten des Budgets zunächst nur eine formelle Frage sei, und es sei jetzt nicht an der Zeit, darüber zu streiten. Der Minister erklärte, daß der Zeitpunkt heute nicht weniger kritisch sei als vor kurzem.

In der Ersten Kammer sprach Swartz (Rechtspartei) für den Regierungsvorschlag. Er erklärte, es sei ein Mißverständnis, wenn man wegen der Meinungsverschiedenheiten im Ausschusse glaube, daß das schwedische Volk nicht länger völlig einig in dem Vorsatze sei, seine Neutralität mit allen Mitteln zu verteidigen, denn in dieser Hinsicht seien noch immer alle einig. Verzweiflung, der Leiter der Liberalen, kritisierte den Regierungsvorschlag aus budgettechnischen Gründen, betonte aber, daß kein Land eine Vertretung besitze, die einiger sei als der schwedische Reichstag, wenn es gelte, die Neutralität des Landes zu verteidigen. — Lindblad (Sozialdemokrat) erklärte, alle seien einig darin, daß die Neutralität Schwedens gesichert werden müsse. Er billige die bisherige selbständige Neutralitätspolitik der Regierung, die er selbst unterstützt habe, er müsse aber jetzt gegen die Regierung stimmen, um das Recht des Reichstags zu wahren, Geldbewilligungen zu prüfen. Niemand wolle das Land nach außen hin schwächen, alle seien darin einig, daß Krieg gegen drohende Gefahren zu stärken und zu verteidigen. — Die Regierungsvorlage wurde mit 76 gegen 49 Stimmen angenommen.

In der Zweiten Kammer redete Nilson (Eisberg) für den Vorschlag des Ausschusses. Er übe eine eingehende budgettechnische Kritik an dem Regierungsantrag und betonte das Prüfungsrecht des Reichstags in Kreditfragen. Er erinnerte dabei daran, daß seine Partei schon seit Kriegsbeginn mit unerschütterlicher Festigkeit die Aufrechterhaltung einer unparteiischen Neutralität vertreten habe. Diesen Standpunkt nehme die Partei noch ein. Die Meinungsverschiedenheiten in der vorliegenden Frage hätten mit jener Tatsache nichts zu tun. Diese Erklärung wurde von Rednern aller Parteien unterstrichen und nachdem der Kriegs- und Finanzminister die gegen die Regierungsvorlage gerichtete Kritik beantwortet hatten, sprachen die Führer der Liberalen, Ekman, die Debatte dahin zusammen, daß ihr das Verlangen nach einer Verteilung der Ausgaben zu verschiedenen Zwecken zugrunde liege und daß die vom Ausschuß bewilligten zehn Millionen einen Teil davon decken sollten. Die übrigen geforderten zwanzig Millionen würden nicht verweigert, sondern ihre Bewilligung nur verschoben. Dadurch dürften verschiedene Unkosten verminder werden. Der Redner schloß mit der Feststellung, daß niemand darüber Zweifel hegen könne, daß man, und zwar nicht zum wenigsten in der Zweiten Kammer, die Neutralität Schwedens zu bewahren und aufrechtzuerhalten wünsche. Eine andere Verschiedenheit bei der Kammer zu fassenden Beschlusses sei ein geringerer. — Der Minister des Aeußern Wallenberg drückte seine Befriedigung über die Versicherungen aus, die von dem festen Willen der Landesvertreter zeugten, die schwedische Neutralität aufrechtzuerhalten. Keine Unklarheit dürfe bestehen. Er wahrte zur Einigkeit und bat darum, daß die Schwierigkeiten jetzt nicht geringer seien als vor einiger Zeit, und daß sie morgen größer werden könnten. — Branting (Sozialdemokrat) sprach sein Vertrauen zum Minister des Aeußern aus und erklärte, die Frage sei nur eine Formfrage, keine sachliche, aber er betone das Prüfungsrecht des Reichstags.

Bei der Abstimmung wurden nach dem Vorschlag des Ausschusses vorläufig zehn Millionen als Vorschuß mit 104 gegen 68 Stimmen bewilligt.

Da die Kammern also verschiedene Beschlüsse gefaßt haben, wird die Frage einer gemeinsamen Abstimmung unterworfen werden.

Feindliche Kriegsberichte.

Französischer Heeresbericht vom 24. Februar nachmittags.

Gegen Ende des gestrigen Tages drang eine unserer Ablieilungen nördlich von Senonch in eine feindliche Linie ein. Heute morgen versuchten die Deutschen nach heftiger Beschießung einen erfolglosen Handstreich auf unsere Gräben bei Bissenbach. Außer diesigem Feuer ruhige Nacht. Eines unserer Luftschiffe bombardierte im Verlaufe der Nacht in der Gegend von Briey Fabrikanlagen, die in Betrieb waren. Es gelangte ohne Zwischenfall in seinen Aufgangsbasen zurück. Unsere Flugzeuge schleuderten 400 Kilogramm Geschosse auf die deutschen Biwaks in der Gegend von Soinecourt.

Französischer Heeresbericht vom 24. Februar abends. Das übliche Geschützfeuer auf der ganzen Front. Außer zwei fruchtlosen Angriffsversuchen des Feindes auf die Gräben von Mosu (Ailach) keine Infanterietätigkeit.

Belgischer Bericht: Andauernde Tätigkeit der Artillerie auf der ganzen belgischen Front. Heftiger Handgranatenkampf in der Gegend von Steenstrate.

Englischer Heeresbericht vom 24. Februar.

Infolge des wachsenden Druckes unserer Truppen räumte der Feind heute weitere wichtige Stellungen auf beiden Ufern der Ancre. Wir machten beträchtliche Fortschritte in der Nähe von Miraumont auf der Front von einer Meile und drangen in Petit-Miraumont ein. Wir rückten auch unsere Linie auf einer Front von eineinhalb Meilen südlich von Serre vor. Wir nahmen durch sofortigen Gegenangriff einen Posten wieder, den der Feind in der Nähe von Lens vorgeschoben hatte. An der Somme, bei Arras und bei Ypern bedeutende Artillerietätigkeit.

Italienischer Heeresbericht vom 24. Februar.

Artillerietätigkeit wie gewöhnlich. Unsere Artillerie zerstreute eine feindliche Abteilung im Sestotal (Trau). Bei kleinen Gefechten zerstreuten wir Erkundungsabteilungen, die einige Gefangene in unserer Hand ließen. In der Gegend südöstlich von Görz machte eine unserer Abteilungen durch einen kühnen Handstreich einen Einbruch in die feindlichen Linien östlich von Versuib. Sie machte dabei Gefangene.

Cadorna.

Oesterreich-Ungarn.

Gemeinsamer Ministerrat.

Wien, 24. Februar. Heute fand im Ministerratspräsidium ein gemeinsamer Ministerrat statt, welcher mit dem Kriege zusammenhängende wirtschaftliche Angelegenheiten zum Gegenstand der Beratung hatte. Den Vorsitz führte in Vertretung des aus München noch nicht zurückgekehrten Ministers des Aeußern Grafen Czernin der Königlich ungarische Ministerpräsident Graf Tisza. An der Beratung, die von 11 Uhr vormittags mit einer Unterbrechung während der Mittagszeit bis in die Abendstunden dauerte, nahmen teil: der Ministerpräsident, die gemeinsamen Minister, beide Landwehr- und Finanzminister, der K. K. Landesverteidigungsminister, der Königlich ungarische Honvedminister sowie ein Vertreter des Armeeoberkommandos.

Bulgarien.

Ankunft des Erzherzogs Max in Sofia.

Sofia, 25. Februar. Erzherzog Max ist gestern nachmittag eingetroffen, um dem König der Bulgaren die Thronbesteigung des Kaisers und Königs Karl zu notifizieren. Am Bahnhof wurde der Erzherzog vom Prinzen Kyrill, im Königlichen Palast von den Mitgliedern der Königlichen Familie empfangen. Abends fand im Königlichen Schloß eine Tafel in engem Kreise statt, heute findet in der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft ein Frühstück und abends im Königlichen Schloß eine Prunktafel statt.

Großbritannien.

Der Heeresetat.

London, 24. Februar. (Reutermeldung.) Der Armeeetat wurde heute veröffentlicht. Er sieht 5 Millionen Mann für die Armee mit Ausschluß der in Indien dienenden Soldaten vor.

Höchstpreise in Sicht.

Amsterdam, 24. Februar. Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß wahrscheinlich Höchstpreise für Lebensmittel festgesetzt werden würden, um übertriebenen Kriegsgewinnen vorzubeugen. Der Lebensmittelkontrolleur werde sich Berichte über die Groß- und Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel vorlegen lassen. In erster Linie werde es sich wahrscheinlich um Höchstpreise für Tee handeln. Man glaubt, daß einige Teehändler die die Einfuhrverhinderung voraussahen und sich entsprechend eindeckten, die Großhandelspreise mehr als billig in die Höhe geschraubt haben.

Rußland.

Der Mangel im Lande.

Kopenhagen, 25. Februar. Das Moskauer Blatt „Utro Rossij" veröffentlicht das Ergebnis der Inspektionsreise, die der Landwirtschaftsminister kürzlich zur Prüfung der Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die verschiedenen Landesteile gemacht hat. Der Minister habe feststellen können, daß der Mangel an Organisation im Verkehrswesen die größte Schwierigkeit für eine befriedigende Lösung der Frage bilde. Zum Beispiel lägen auf verschiedenen Stationen des Gouvernements Tambow nicht weniger als neun Millionen Pud Getreide, im Gouvernement Samara sogar achtzehn Millionen Pud, die wegen Wagenmangels nicht weiterbefördert werden konnten. Eine Besserung der Verhältnisse sei in den nächsten Monaten nicht zu erwarten. Während an einigen Stellen des Reiches die Lebensmittel sich immer mehr anhäufen, leide die Bevölkerung im ganzen übrigen Reiche in steigendem Maße unter der Hungersnot, besonders in einer Reihe größerer Städte.

Die Heimreise des Grafen Bernstorff.

New York, 20. Februar. (Funkspruch vom Vertreter des W. T. B.) „Associated Preß" meldet aus Halifax: Die Unterbrechung der Heimreise des Grafen Bernstorff und seiner Begleitung, die durch die Untersuchung des skandinavischen Passagierdampfers „Frederik VIII." hier verursacht worden ist, wird wahrscheinlich über eine Woche dauern. Die Untersuchung der Passagiere, die am 17. Februar begann, soll heute abend halb beendet gewesen sein, und man nahm an, daß der Dampfer am 24. zur Weiterreise bereit sein werde.

Von einigen Beamten, die an Bord des „Frederik VIII." gewesen waren, erfuhr man, daß die deutschen Passagiere erklärten, mit der Art und Weise zufrieden zu sein, in der die Untersuchung geführt wurde. Es heißt, die Deutschen seien entlastet über die ihnen bewiesene Rücksicht. Obgleich die Passagiere des „Frederik VIII." noch den Bestimmungen unterworfen sind, die dazu dienen sollen, unerlaubte Mitteilungen zu verhindern, dürfen kurze Telegramme an den Grafen Bernstorff und an Mitglieder seines Gefolges aus verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten an Bord des Schiffes abgeliefert, nachdem sie der Zensur vorgelegen hatten.

Das Reich.

Vortrag des Reichskanzlers beim Kaiser.

Berlin, 25. Februar. (W. T. B.) **Seine Majestät der Kaiser nahm heute vormittag den Vortrag des Reichskanzlers Dr. von Bethmann Hollweg entgegen.**

Die Bundesratsverordnung, betreffend Kohlenversorgung.

Berlin, 25. Februar. (W. T. B.) **Eine Verordnung des Bundesrats vom 24. Februar ermächtigt den Reichskanzler, durch eine von ihm zu errichtende Stelle die im Deutschen Reiche vorhandenen Erzeugnisse der Steinkohlen- und Braunkohlenwerke (Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts und Koks) für die Versorgung des Inlandes sowie für die Ausfuhr in Anspruch zu nehmen; sie gibt ihm insbesondere die Befugnis, die Erzeuger und Besitzer der genannten Brennstoffe anzuweisen, diese an von ihm bestimmte Personen zu überlassen und die zur Uebergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen. Die Regelung soll den Handel keinesweges ausschalten, sondern lediglich ergänzend dort für rasche und ausreichende Bedarfsdeckung sorgen, wo diese kriegswirtschaftlich nötig ist und auf dem gewöhnlichen Wege nicht in genügendem Ausmaße oder nicht schnell genug erfolgen kann. Zu diesem Zweck wird die vom Reichskanzler zu errichtende Stelle, soweit erforderlich, gewisse Mengen der genannten Brennstoffe beschlagnahmen und sie bestimmten Empfängern zuteilen.**

Die Teilbeschlagnahme kann die völlige oder teilweise Aufhebung oder Aenderung bestehender Lieferungsverpflichtungen notwendig machen. Darüber, sowie im Streitfalle über die Uebernahmepreise entscheidet ein Schiedsgericht, dessen Zusammensetzung und Verfahren vom Reichskanzler geregelt wird.

Die unter der allgemeinen Dienstaufsicht des Reichskanzlers stehende, im übrigen aber selbständige Zentralstelle, die die Verordnung durchzuführen hat, wird dem Kriegsamte angegliedert, um in steter Fühlung mit den militärischen Stellen zu bleiben. In den wichtigsten Erzeugungsgebieten sollen Nebenstellen errichtet werden.

Brandenburgischer Provinziallandtag.

hg. Am Sonntag, 25. Februar, hat im Landeshause zu Berlin der 65. Brandenburgische Provinziallandtag seine Tagung begonnen. Die Eröffnungsurkunde verlas Oberpräsident von der Schulenburg. Die Wahl zum Präsidenten fiel auf den Präsidenten des Preußischen Herrenhauses, Grafen von Arnim-Boitzenburg. Nachdem die weiter fälligen Wahlen erledigt waren, beschloß die Versammlung die Absendung eines Huldigungstelegramms an Seine Majestät den Kaiser und König.

Verzinsung von Zwirnabfällen betr.

Berlin, 25. Februar. (W. T. B.) Nach der Bekanntmachung W. II. 1700/9. 16. KRA vom 1. Oktober 1916 ist gestattet, Garn- und Zwirnabfälle in Mengen unter 2000 Kilogramm an Händler zu veräußern. Verboten ist jedoch die Veräußerung der Garn- und Zwirnabfälle an Selbstverarbeiter (Weißereien, Putzwollfabriken usw.), sowie ihre Verarbeitung.

Trotzdem werden, wie bekannt geworden ist, Mengen unter 2000 Kilogramm auch an Selbstverbraucher, namentlich an Putzwollfabriken, veräußert.

Vor einem derartigen Verstoß gegen die erlassenen Bestimmungen wird gewarnt, da sehr Behörden gegen Zuwiderhandelnde auf das strengste einschreiten werden.

In der Reichshauptstadt.

Gestaltung des Kaiserlichen Marstalls für die Güterbeförderung.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, hat Seine Majestät der Kaiser angeordnet, daß die Pferde und Wagen des Marstalls in noch umfangreicherer Weise, als es bisher auf Befehl Ihrer Majestät der Kaiserin geschehen ist, der Transportzentrale des Oberkommandos in den Marken zur Behebung der Schwierigkeiten bei der Güterbeförderung in Groß Berlin zur Verfügung gestellt werden.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich für das Gebiet der Provinz Brandenburg:

1) Fuhrwerksbesitzer, die mindestens zwei Pferde haben, sind bis einschließlich 15. März 1917 verpflichtet, auf Aufforderung des Landrats (im Stadtkreisen des Oberbürgermeisters) für einen diesen bezeichnete Geschäfte oder Personen Holz aus den benachbarten Wäldern abzufahren.

2) Gegen die Aufforderung des Landrats (Oberbürgermeisters) findet die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt, der endgültig entscheidet. Die Beschwerde kann nur darauf gestützt werden, daß das Gespann für andere, dringende Zwecke der Kriegswirtschaft unentbehrlich ist. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

3) Geschäfte und Personen, zu deren Gunsten Fuhren gemäß Ziffer 1 gestellt werden, haben dafür eine angemessene, im Streitfall vom Landrat (Oberbürgermeister) festgesetzte Vergütung zu zahlen. Der Landrat (Oberbürgermeister) ist berechtigt, seine Aufforderung (Ziffer 1) von vorheriger Hinterlegung dieser Vergütung abhängig zu machen. Hält der Fuhrwerksbesitzer die vom Landrat (Oberbürgermeister) festgesetzte Entschädigung nicht für angemessen, so steht es ihm frei, seine höheren Ansprüche im ordentlichen Rechtswege geltend zu machen.

4) Zuwiderhandlungen gegen Ziffer 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ bestraft.

Berlin W. 10, 24. Februar 1917.

Der Oberbefehlshaber.
von Kessel, Generalobrist.

Abschuß von Tauben verboten.

Der Polizeipräsident teilt mit: Der Oberbefehlshaber in den Marken hat das Abschießen von Tauben verboten.

Ein Heimatheer.

Nachdem der Reichsverband zur Unterstützung deutscher Veteranen mit dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge einerseits und dem Kraftfahrerbund der deutschen Landeskriegerverbände andererseits unter dankenswerter Mitwirkung des Herrn Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen zunächst auf die Dauer eines Jahres ein Abkommen getroffen hat, wonach je die Hälfte der jährlichen Mitgliederbeiträge und der Zinsen seiner Kapitalien diesen beiden Organisationen zugeführt wird, um es zu ermöglichen, auch da, wo die für die Kriegsbeschädigten- und Veteranenfürsorge ausgeworfenen Mittel des Deutschen Reiches nicht ausreichen, helfend und ausgleichend einzugreifen, hat er beschlossen, ein

Heimatheer

zu gründen.

Wir bitten dringend, im Interesse unserer kämpfenden Brüder und zugunsten der Kriegsbeschädigten und Veteranen die Mitgliedschaft zu unserem Verbande zu erwerben oder durch Zeichnung einer einmaligen Spende unsere Bestrebungen zu unterstützen.

Es gilt vorzusorgen, und es erscheint uns als eine heilige Pflicht jedes Deutschen, dafür einzutreten, daß unsere Brüder, die draußen für uns kämpfen, ihr Leben einsetzen und ihre Gesundheit opfern, später ein möglichst sorgenfreies Dasein führen können. Wir müssen ihnen die Sicherheit geben, daß hinter ihnen

das deutsche Volk

steht und die Hilfsbedürftigen unterstützen wird, wo die großen Mittel, die das Deutsche Reich in seiner Fürsorge hoffentlich bereitstellt, nicht ausreichen sollten.

Der ordentliche Mitgliedsbeitrag beträgt nach den Satzungen des Verbandes mindestens 6 ℳ, der außerordentliche 1 ℳ. Eventuelle Beiträge bitten wir auf Postscheckkonto Nr. 16 369 einzahlen zu wollen.

Reichsverband zur Unterstützung Deutscher Veteranen E. V.
Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath, Mitglied des Reichstages, Erblicher Mitglied des Herrenhauses. Freiherr von Bissing, Generaloberst, Generalgouverneur in Belgien. Adalbert Steiner, Fabrikbesitzer, erster Vizepräsident. Bartels, Generalleutnant z. D., erster Stellvertreter des Geschäftsführenden Vorsitzenden des Deutschen Kriegerbundes und des Preußischen Landes-Kriegerverbandes. Gesb, Oberbürgermeister, Leiter der Reichsgeschäftsstelle des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Laube, Generalleutnant z. D. Pedell, Eisenbahndirektionspräsident a. D. Schlieper, Konteradmiral z. D. Schultz, Generalmajor z. D.

Die Mitwirkung der beamteten Chemiker bei der Lebensmittelversorgung.

Von Dr. phil. A. Kraus, Direktor des Chemischen Untersuchungsamtes des Land- und Stadtkreises Neuß.

Durch die Kriegsverhältnisse hat die Tätigkeit der beamteten Nahrungsmittelchemiker, welche sich zu Friedenszeiten vornehmlich auf die behördliche Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln erstreckte, wie eine neue Preußischen Verbände beamteter Nahrungsmittelchemiker veranstaltete Rundfrage ergeben hat, infolge der Mitwirkung bei den behördlichen Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung eine ganz wesentliche Ergänzung und Erweiterung erfahren.

Die von den Kommunen berufenen Ausschüsse für den Einkauf und die Beschaffung von Lebensmitteln waren in sehr zahlreichen Fällen in der Lage, von der Sachkunde der beamteten Chemiker Gebrauch zu machen, so daß die Einholung von nahrungsmittelchemischen Gutachten in manchen Fällen den Ankauf zweifelhafter Waren und solcher Ausgesuche, deren tatsächlicher Wert in keinem Verhältnisse zu dem geforderten Preise stand, zum Vorteil der Kommunen und Kommunalverbände verhinderte. Auch bei der Lagerung und Verarbeitung von Lebensmitteln durch die Kommunen wurde vielfach von der Mitwirkung der Nahrungsmittelchemiker mit Erfolg Gebrauch gemacht. Als besonders zweckmäßig hat sich hierbei das Zusammenarbeiten von praktischen und wissenschaftlichen Sachverständigen erwiesen. Günstige Erfolge zeigte die Mitwirkung des Nahrungsmittelchemikers bei der Beaufsichtigung von Kriegsküchen und sonstigen Einrichtungen zu Massenspeisungen, da erfahrungsgemäß auch diesen dem Wohle der Allgemeinheit dienenden Einrichtungen zeitweilig von gewissenlosen Händlern sehr geringwertige oder unreinwürdige Erzeugnisse angeboten wurden. Ein Gleiches gilt für die Angebote und Lieferungen an den Gemeindeverwaltungen unterstehende Krankenhäuser, Altersheime, Fürsorge- und sonstige auf Ernährung angewiesene Verpflegungsanstalten, bei denen infolge mit ausreichender Warenkunde der empfangsberechtigten Personen Abweichungen und Minderwert der Lieferung gegenüber dem Anstellmuster andernfalls häufig unbeanstandet geblieben wären.

Die gemäß Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1916 nachzusuchende Erlaubnis zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln hat insofern weitgehende Bedeutung, als die Erteilung bei sich deutlich unbegründet erteilt wird und sodann für das Reichsgebiet Geltung besitzt. Um so mehr ist es für die Allgemeinheit zu begrüßen, daß den Herstellern von Ersatzstoffen bei vielen Verwaltungen der Handel mit diesen Erzeugnissen nur nach vorhergehender Prüfung der Güte und Preiswürdigkeit durch die Untersuchungsämter gestattet wird. Eine allgemeine strenge Durchführung dieses Grundsatzes und eine derartige Nachprüfung der bereits im Handel befindlichen Ersatzstoffe am Sitze der Hauptverbreitung des Herstellers würde zur Beseitigung bestehender Mißstände wesentlich beitragen und die Ueberschwemmung des Handels mit Ersatzstoffen erheblich vereinfachen und erleichtern.

Auch bei sonstigen Lebensmittelaufschüssen ist nahrungsmittelchemische Sachkunde der Allgemeinheit dienlich gemacht worden. Eine wesentliche Ergänzung der amtlichen Beaufsichtigung des Lebensmittelverkehrs durch die Nahrungsmittelchemiker bedeutet insbesondere die Mitarbeit derselben in den Preisprüfungsstellen. Dies ist um so mehr der Fall, als gerade hierdurch eine wirksame vorbeugende Tätigkeit im Interesse der einwandfreien Lebensmittelversorgung ausgeübt werden und den den Preisprüfungsstellen gütigste Beschlüsse, sowie eine Lenkung der Mitglieder geäußerten Wünsche und Anregungen alsbald durch die Kontrolle verwirklicht werden können. Als besonders wirkungsvoll haben sich hierbei öffentliche Warnungen vor minderwertigen Lebensmitteln und Ersatzstoffen und die behördliche Bekanntgabe der Untersuchungsergebnisse erwiesen.

Hof- und Personalnachrichten.

* Seine Majestät der Kaiser hörte am Sonnabend dem Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts Exzellenz von Valentini, am Sonnabend und am Sonntag den regelmäßigen Vortrag des Generalstabs.

Aus Berlin.

Sonntag, 25. Februar.

* Die neue Berliner Straßenpolizeiverordnung tritt nicht in allen Teilen schon am 1. April in Kraft, sondern sie soll stufenweise diejenigen Bestimmungen, deren Einführung am 1. April 1917 unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine wesentliche Erschwerung bedeuten würde, ausdrücklich ausnehmen. Dahin gehören die Bestimmungen über die Beschaffenheit der Fahrzeuge und der Ladung sowie über die Beleuchtung. Das nähere ergibt sich aus den hierüber bandelnden Schlußbestimmungen der Verordnung. Der Abdruck der Verordnung wird nach dem 1. März bei der Firma A. W. Hayns Erben, Berlin SW. 68, Zimmerstr. 29, käuflich sein. Selbstverständlich bleiben die in der Kriegszeit durch besondere Verfügungen des Oberkommandos und des Polizeivorstehers geschaffenen Erleichterungen unberührt. Darnach ist nach wie vor zugelassen: Die Fortlassung der Beleuchtung des Pferdefuhrwerks, die Verwendung von Rindvieh als Gespann, die Koppelung von Möbelwagen und von leeren Kohlenwagen, das vorübergehende Stehenlassen solcher Wagen ohne Bespannung und Beleuchtung auf der Straße, die Entleerung von Kohlenwagen auf der Straße, die vorübergehende Lagerung der abgeladenen Kohlen auf der Straße, das Schleppen von Last- und Handwagen durch Kraftfahrzeuge, die Verwendung von Pferdekutschern im Alter von unter 16 Jahren (wenn sie eine Fachprüfung abgelegt und eine Zulassungsbescheinigung bei Verkehrsschutzmannschaften erhalten haben). Auch die Bestimmung bleibt in Geltung, daß der auf den Bürgersteigen zusammengefegte Schnee nicht auf den Fahrdamm, sondern nur an den Bürgersteigrand zu schaffen ist.

* Im Königlichen Opernhause gelangt am Montag „Otello" mit den Damen Dux, Bilenstein und den Herren Kirchner, Schwarz, Philipp, Henke, Bachmann und Padilla zur Aufführung. Dirigent: Dr. Stiehy. Anfang 7 Uhr.

* Im Königlichen Schauspielhause wird am Montag Hans Müllers Schauspiel „Konige" gegeben, in den Hauptrollen mit Frau Thimig und den Herren Krauß und Clewing. Regie: Dr. Bruck.

Letzte Meldungen.

Konstantinopel, 25. Februar. Erzherzog Max hat während seines hiesigen Aufenthalts dem Prinzen Omer Hilmi die Insignien des Großkreuzes des Leopold-Ordens überreicht, ferner hat Erzherzog Max zur Erinnerung an seinen Besuch dem genannten Prinzen, dem Großwesir, den Ministern, dem deutschen Botschafter sowie den Palastwürdenträgern sein Bildnis zum Geschenk gemacht.

Frankfurt a. M., 25. Februar. Die „Frankfurter Nachrichten" melden von der Schweizer Grenze vom 24. Februar: Nach Schweizer Meldungen wird jetzt auf Umwegen aus Paris bekannt, daß sich am 2. Februar in den ausgedehnten Munitionslagern von Rennes eine schreckliche Explosion ereignete, die das Lager mit 80000 t Munition vernichtete. Unter den Trümmern konnte man über 200 Tote und über 700 Verletzte bergen.

Bern, 25. Februar. „Corriere della Sera" meldet aus Athen: Auch gestern demonstrierten die Arbeiter im Piräus. Preise, Behörden sowie Vertreter der Arbeiterschaft und Händler richten immer neue Aufforderungen an die Bevölkerung, trotz der durch die Blockade auferlegten Opfer die Ruhe zu bewahren. Regierung und Wohltätigkeitsausschüsse greifen helfend ein. Volksküchen werden errichtet.

Bern, 25. Februar. Lyoner Blätter melden aus Paris, daß infolge der Festsetzung von Höchstpreisen für Butter diese fast ganz vom Markte verschwunden sei, beabsichtige die Regierung die Beschlagnahme aller Buttervorräte.

Rom, 25. Februar. (Stefanimeldung.) Eine französische Uebersetzung des interalliierten Parlaments ist nach einem Besuche der italienischen Front, wo sie vom König empfangen worden ist, in Rom eingetroffen. Sie hielt am Sonnabendvormittag unter dem Vorsitze Luzattis eine Sitzung ab. Ministerpräsident Boselli empfing die Abordnung auf der Consulta und begrüßte sie mit einer Ansprache, die von Pichon erwidert wurde.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Runge in Berlin. Druck und Verlag der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 32.